

# Info-Mappe

Bundesweiter Kongress: Samstag, 7. Oktober, 11 Uhr | VHS Düsseldorf (direkt am Hbf)

## DEMONSTRATIONSRECHT VERTEIDIGEN!

Aufruf zum Widerstand gegen den Abbau unserer demokratischen Grundrechte

**Alexander Bosch**, Sprecher für den Themenkomplex "Polizei und Menschenrechte" bei Amnesty International Deutschland

**Ulla Jelpke**, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag; Parlamentarische Beobachterin bei G20

**Jasper Prigge**, Vereinigung Demokratischer Juristinnen u. Juristen, Klägeranwalt gegen polizeiliche Misshandlung bei G20

**Gabriele Heineke**, Mitglied Bundesvorstand Republikanischer AnwältInnenverein, Sprecherin Anwaltlicher Notdienst G20

**Gerhard Kupfer**, bis 2014 IG-Metall-Vertrauensmann, Mitglied Vertrauenskörperleitung / Tarifkommission / Betriebsrat Daimler Bremen, Kommunist

**Peter Dinkloh**, langj. Journalist, u.a. Reuters, ver.di-Gewerkschaftssekretär, u.a. für JournalistInnen & Verlage

### KONGRESS-PROGRAMM 7.10.

<b>Einleitung</b>	<b>11:00</b>	Anreise
	<b>11:10</b>	Theater "Mein Einsatzleiter"
	<b>11:30</b>	<b>Umbau</b>
<b>Auftaktpodium</b>	<b>11:35</b>	Eröffnung durch Moderation
	<b>11:50</b>	Referate à 10 Minuten 1) <b>Alexander Bosch</b> , Amnesty International Deutschland "Polizei und Menschenrechte" 2) <b>Ulla Jelpke</b> , Innenpolitische Sprecherin Fraktion DIE.LINKE 3) <b>Peter Dinkloh</b> , langjähriger Journalist, z.B. Reuters, ver.di-Gewerkschaftssekretär 4) <b>Gerhard Kupfer</b> , Streik-Aktivist und Daimler-BR, ex-IGM-Tarifkommission, Kommunist 5) <b>Gabriele Heineke</b> , Republikanischer Anwältinnen - und Anwälteverein e.V. (RAV)
	<b>12:40</b>	Nachfragen, Beiträge, Debatte
	<b>13:15</b>	<b>Mittagspause</b>
<b>Panels/AGs</b>	<b>13:45</b>	AG 1) Freiheit für die politischen Gefangenen! AG 2) Verteidigung des Demonstrationsrechts! AG 3) Verteidigung des Streikrechts! AG 4) Verteidigung der Pressefreiheit!
	<b>15:00</b>	<b>Kaffeepause</b>
<b>Abschlussplenum</b>	<b>15:20</b>	AG-Berichte und Debatte: „Wehren wir den Anfängen!“
	<b>17:20</b>	<b>Umbau &amp; Großbuchstabenaktion</b>
<b>Pressekonferenz</b>	<b>17:25</b>	Präsentation Kongressergebnisse
	<b>17:30</b>	Kurz-Statements u.a. 1) <b>Gabriele Heineke</b> , Republikanischer Anwältinnen - und Anwälteverein e.V. (RAV) 2) <b>Alexander Bosch</b> , Amnesty International Deutschland "Polizei und Menschenrechte" 3) <b>Sebastian Kolkau</b> , Landesgeschäftsführer der SJD - Die Falken NRW 4) <b>Peter Dinkloh</b> , langjähriger Journalist, z.B. Reuters, ver.di-Gewerkschaftssekretär 5) <b>Julia Kaufmann</b> , ver.di-Bezirksjugendvorstand NRW-Süd 6) <b>Jasper Prigge</b> , Vereinigung Demokratischer JuristInnen (VDJ), G20-Klägeranwalt
	<b>17:55</b>	Nachfragen
	<b>18:00</b>	<b>Abschluss, Pressebild mit Großbuchstaben</b>

# Info-Mappe

## Inhalt:

Kongress-ReferentInnen, **Seite 3**

O-Töne der ReferentInnen, **Seite 4-5**

Erklärung „DEMONSTRATIONSRECHT VERTEIDIGEN!“, **Seite 6**

ErstunterzeichnerInnen der Erklärung, **Seite 7-8**

Betroffenenbericht G20 ver.di-Jugend NRW-Süd, **Seite 9**

Kongress-Handout der Vorbereitungsgruppe, **Seite 10**

## INITIATIVE „DEMONSTRATIONSRECHT VERTEIDIGEN!“

Die Initiative besteht aus mehr als 50 Gewerkschaften, MigrantIn- und Bürgerrechtsorganisationen, Journalisten- und Anwaltsverbänden und mehr als 800 Einzelunterstützern, u.a. Prominenten wie dem Kabarettisten Wilfried Schmickler.

Mit ihrer Erklärung vom 29.8., die auf [www.demonstrationsrecht-verteidigen.de](http://www.demonstrationsrecht-verteidigen.de) online unterzeichnet werden kann, sowie mit dem Kongress am 7.10. richtet sich die Initiative gegen den massiven Grundrechteabbau u.a. im Versammlungsrecht und den Rechtsruck der Regierung, und fordert:

- Freiheit für die politischen Gefangenen von G20 und NAV-DEM/ATIK und Einstellung der Verfahren!
- Verteidigung des Demonstrationsrechts: Weg mit der Reform der §§ 113 u. 114 StGB!
- Verteidigung des Streikrechts: Weg mit der „Tarifeinheit“!
- Verteidigung der Pressefreiheit: Weg mit der Repression gegen Journalist\*innen!

## Pressekontakt:

info@demonstrationsrecht-verteidigen.de

Julia Kaufmann | 0176-21360797

Nils Jansen (V.i.S.d.P.) | 01575-4221244

SprecherInnen der Initiative, Mitglieder ver.di-Bezirksjugendvorstand NRW-Süd, Betroffene von G20-Polizeigewalt

Dr. Rolf Gössner | rolf-goessner@ilmr.de

Vorstandsmitglied der Internationalen Liga für Menschenrechte

## **ReferentInnen:**

### **Alexander Bosch**

Sprecher für den Themenkomplex »Polizei und Menschenrechte« bei Amnesty International Deutschland

### **Gabriele Heineke**

Mitglied im Bundesvorstand des Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein e.V. (RAV), Pressesprecherin des Anwaltlichen Notdienstes-G20 in Hamburg und Anfang Juli in Hamburg als Beobachterin der Demonstrationen und der Polizei auf der Straße, nachts in der »GeSa« und dem für Gipfelgegner aus dem Boden gestampften »Amtsgericht Neuland«

### **Ulla Jelpke**

innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag; während der G20-Gipfeltage in Hamburg – wie schon bei vielen anderen Demonstrationen – als parlamentarische Beobachterin unterwegs

### **Gerhard Kupfer**

Maschinenschlosser, Gewerkschafter seit 45 Jahren, bis 2014 IG-Metall-Vertrauensmann, Mitglied der Vertrauenskörperleitung und der Tarifkommission, sowie Mitglied des Betriebsrates bei Daimler Bremen

### **Peter Dinkloh**

langjähriger Journalist, u.a. Reuters und Correctiv, ver.di-Gewerkschaftssekretär Papierverarbeitende Industrie und Druckereien, JournalistInnen und Verlage (Fachbereich 8)

### **Jasper Prigge**

Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen e.V. (VDJ), Versammlungsrechtler, Klägeranwalt des ersten erfolgreichen Prozesses gegen polizeiliche Misshandlung von Jugendlichen beim G20-Gipfel

### **Dr. Alexander B. Ernst**

Dozent für Biblisches Hebräisch und Rektoratsmitglied der Kirchlichen Hochschule Wuppertal/Bethel

## **Kongress- Moderation:**

Elke Steven, Komitee für Grundrechte und Demokratie

Simon Ernst, ver.di-Bezirksfachbereichsvorstand Bildung, Wissenschaft & Forschung  
NRW-Süd

## **O-Töne:**

### **Alexander Bosch,**

*»Die Bundesrepublik Deutschland versteht sich als eine auf Grund- und Menschenrechten basierende Gesellschaft, trotzdem mussten wir in den letzten Jahren immer wieder Grund- und Menschenrechtsbeschränkungen erleben. Dieser Trend muss gestoppt werden, Grund- und Menschenrechte müssen in Deutschland aus- und nicht abgebaut werden.«*

### **Gabriele Heinecke,**

*»Die Diktatur hinter der Fassade formaler Demokratie« nannte 1966 Georg Benz von der IG Metall die Notstandsgesetze. Während des G20 war nicht einmal mehr die Fassade zu sehen. Was wir brauchen ist eine breite Gegenwehr gegen Polizeistaatstage und den »Notstand der Demokratie«!«*

### **Ulla Jelpke,**

*»Die Einschränkung der Rechte von Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten trifft zuerst die ohnehin schon weitgehend Rechtlosen. Doch je weiter die Hemmschwelle der Regierenden sinkt und die Akzeptanz für solche Maßnahmen bei der Bevölkerung steigt, desto leichter werden Schritt für Schritt die demokratischen Rechte auch anderer Bevölkerungsgruppen eingeschränkt. Seien wir also wachsam und wehren wir den Anfängen!«*

*»Untersuchungshaft und drakonische Urteile gegen G20-Demonstrantinnen und Demonstranten zielen auf Abschreckung und Einschüchterung. Hinter dem Mantel der Rechtsstaatlichkeit scheint das Antlitz der Klassenjustiz durch. Wir müssen diese Angriffe analysieren und uns über emanzipatorische Gegenwehr verständigen.«*

### **Peter Dinkloh,**

*»Der Entzug der Akkreditierungen von JournalistInnen beim G20-Gipfel hat gezeigt, wie verletzlich die Pressefreiheit ist, wenn sie nicht immer wieder aufs Neue verteidigt wird. Das ist auch ein Aufruf an JournalistInnen sich gewerkschaftlich zu organisieren, weil sie ihre Rechte letztlich nur gemeinsam verteidigen können.«*

### **Gerhard Kupfer,**

*»Wir müssen uns bewusst sein, dass es an uns, den arbeitenden Menschen liegt, für Gerechtigkeit zu sorgen. Dazu haben wir u.a. das Mittel des Streiks, das wir mit all unserer Kraft und auf allen Ebenen verteidigen müssen. Aber: Klar ist: Die Frage des Streikrechts wird nicht vor den Gerichten entschieden, sondern nur durch seine praktische Ausübung in den Betrieben!«*

**Dr. Alexander B. Ernst,**

*»Seit dem G 20 stehe ich an der Seite der Linken. Denn wieder läuft in unserer Republik eine Kampagne gegen links, wie sie einst dem Nationalismus und Faschismus den Raum gab, der zur Katastrophe des Dritten Reichs führte. Und es trifft die der Extremismusvorwurf, die sich gegen religiös-konservative und nationalistische Tendenzen und Wirtschaftsinteressen zur Wehr setzen, mit ihren Köpfen und Körpern für Solidarität und Gerechtigkeit in der Welt einstehen und sich bunt den schwarzen Blöcken unseres Staates in den Weg stellen.«*

**Elke Steven**

*»Immer neue Gesetze und Regelungen stellen mitten in Deutschland grundlegende Menschenrechte infrage. Seit G20 müssen wir beobachten, in welchem Maß das demokratisch fundamentale Grundrecht auf Versammlungsfreiheit angegriffen wird. Jetzt reicht´s – Empörung und Zorn müssen in den notwendigen politischen Kampf münden.«*

**OPFER VON G20-POLIZEIGEWALT SPRECHEN**

Neben den ExpertInnen kommen auch Öffentlichkeit und Betroffene zu Wort, wie SprecherInnen der Organisationen Sozialistische Jugend Deutschlands-Die Falken und ver.di-Jugend. Sie berichten beim Kongress öffentlich von der Misshandlung Jugendlicher durch deutsche Polizeibeamte. Für Videos, Fotos und Berichte siehe <http://demonstrationsrecht-verteidigen.de/dokumente/>

**Julia Kaufmann,** Mitglied im ver.di-Bezirksjugendvorstand NRW-Süd:

*»Beim G20 Gipfel in Hamburg haben wir massive Polizeigewalt und politische Verfolgung der Aktivisten erlebt. Als Betroffene ist für uns klar, dass wir uns jedenfalls nicht einschüchtern lassen. Unser Protest gegen Krieg, Ausbeutung und Gewalt ist legitim und wir werden ihn weiterhin auf die Straße tragen. Entschlossen und solidarisch. Jetzt erst Recht!«*[Betroffenenbericht der ver.di-Jugend hier als PDF](#)

**Sebastian Kolkau,** Landesgeschäftsführer der SJD – Die Falken NRW:

*»Wir Falken wollten in Hamburg für eine solidarische, gleiche und freie Welt demonstrieren. Allerdings wurde unser Bus schon am Samstag auf der Hinreise von der Polizei abgefangen und für 4,5 Stunden in die GESA gebracht. Obwohl es sich um eine Verwechslung gehandelt haben soll, saßen unsere jungen Mitglieder in Zellen, wurden teilweise nackt durchsucht und ihnen Grundrechte wie der Anruf bei den Eltern und dem Anwalt vorenthalten. Wir fordern eine umfassende Aufklärung!«* [Offener Brief der Falken hier als PDF](#)

# »Demonstrationsrecht verteidigen!«

## Aufruf zum Widerstand gegen den Abbau unserer demokratischen Grundrechte

Von den USA bis zur Türkei, von Frankreich bis Ungarn rücken Regierungen nach rechts, heben durch die Verfassung gesicherte demokratische Grundrechte auf, verbieten und unterdrücken Proteste und Streiks und gehen den Weg in einen Polizeistaat. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland liegt in diesem Trend: In den letzten zwei Jahren hat auch sie demokratische Grundrechte von Millionen hier lebenden Migrant\*innen massiv beschnitten, insbesondere 2016 im Zuge des „Asylpaket II“; mit verfassungswidrigen Methoden hat sie viele Migrantenorganisationen verfolgt und kriminalisiert, beispielsweise kurdische und türkische Frauen-, Studenten- und Arbeiterorganisationen wie NAV-DEM, ATIK und YKK.

**Seit den jüngsten Gesetzesänderungen durch die Bundesregierung (u.a. §§113, 114 StGB sowie Massen-Überwachung von WhatsApp/facebook), der Initiative zur Einschränkung des Streikrechts („Tarifeinheit“) und den schweren Grundrechtsverletzungen gegen Demonstrant\*innen, Sanitäter\*innen, Rechtsanwält\*innen und Journalist\*innen beim G20-Gipfel in Hamburg im Juli 2017 ist es offensichtlich: Nach den Repressionen gegen Flüchtlinge und Migrantenorganisationen werden der gesamten sozialen Bewegung und der ganzen Bevölkerung der Bundesrepublik grundlegende demokratische Rechte genommen – insbesondere das Recht auf Versammlungsfreiheit.**

Schon Wochen vor dem G20-Gipfel wurden unverzichtbare Bestandteile der Versammlungsfreiheit wie zentrale Übernachtungsmöglichkeiten in Protestcamps verboten; genehmigte Camps räumte die Polizei in den Tagen vor dem Gipfel gegen ausdrückliche Gerichtsbeschlüsse. Die Auftakt-Demo der Gipfelgegner am 6.7. wurde unter Einsatz von brutaler Gewalt, mit Wasserwerfern und Schlagstöcken polizeilich aufgelöst, obwohl von ihr keinerlei Eskalation ausgegangen war. Dutzende Demonstrant\*innen wurden durch Polizeigewalt im Laufe der Demonstrationen schwer verletzt. Die Polizei griff sogar gekennzeichnete Anwält\*innen, Sanitäter\*innen und Journalist\*innen tötlich an. Mehr als 30 missliebigen Journalist\*innen entzogen die deutschen Behörden im Verlauf des Gipfels nachträglich die Arbeitserlaubnis vor Ort. Hoch gerüstete Spezialeinheiten stürmten mit Kriegswaffen in Hamburg Häuser, sie terrorisierten ganze Straßenzüge, während die behaupteten Anlässe keiner Überprüfung standhalten. Privatwohnungen und Jugendzentren wurden polizeilich „durchsucht“ und verwüstet.

Über 250 Demonstrant\*innen wurden von der Polizei unter teils haarsträubender Begründung in oftmals überfallartigen Szenen von verummten Polizeibeamt\*innen festgenommen und tagelang unter folterähnlichen Bedingungen ihrer Freiheit beraubt, darunter fast der gesamte Jugendvorstand der ver.di-Jugend NRW-Süd und ein kompletter anreisender Bus der Jugendorganisation „Die Falken“. Zu den Haftmethoden zählten systematischer Schlafentzug, Demütigungen und Schläge. Mehr als einen Monat nach den Gipfelprotesten dauert die Freiheitsberaubung immer noch an, noch sitzen 31 Demonstrant\*innen in Untersuchungshaft, der größte Teil von ihnen ausländischer Herkunft. Die mittlerweile freigelassenen ver.di-Mitglieder werden weiterhin mit mehrjährigen Gefängnisstrafen bedroht, die mit einer Reihe von neuen Gesetzen durchgesetzt werden sollen.

Bereits wenige Wochen vor dem G20-Gipfel reformierte die Bundesregierung die §§113 und 114 des Strafgesetzbuches („Widerstand oder tätlicher Angriff gegen Vollstreckungsbeamte“). Demnach droht in diesem Fall künftig eine Mindeststrafe von drei Monaten. Für den Vorwurf des Widerstands reicht dabei oft schon ein ängstlich weggezogener Arm. Zudem wurde der Katalog für besonders schwere Fälle, die mit sechs Monaten Mindeststrafe belegt sind, erweitert: Künftig reicht dafür u.a. auch die so genannte gemeinschaftliche Tatausführung – doch welche Demonstration, welcher Streik erfolgt nicht gemeinschaftlich?

**Diese Gesetzesänderungen werden das gesamte Demonstrationsgeschehen in Deutschland nachhaltig verändern.** Wenn jeder Demonstrant Angst haben muss, z.B. im Falle eines Handgemenges hinter Gittern zu landen – und zwar auch, wenn es von der Polizei ausging – werden sich viele von der Teilnahme an Kundgebungen, Demos oder Streiks abgeschreckt sehen. Die derzeitigen Gesetzesänderungen gehören zu den tiefsten Eingriffen in die Versammlungsfreiheit (Artikel 8 des Grundgesetzes) seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland und höhlen damit ein elementares Recht völlig aus, das vom BVerfG als „ein Stück ursprünglich-ungebändigter unmittelbarer Demokratie, das geeignet ist, den politischen Betrieb vor Erstarrung in geschäftiger Routine zu bewahren“ bezeichnet wurde. Weiterhin widersprechen sie der Menschenwürde (Art. 1), der Freiheit der Person (Art. 2), schränken die Meinungsfreiheit (Art. 5) massiv ein, die das BVerfG als eines der vornehmsten Menschenrechte überhaupt bezeichnete und richteten sich nicht zuletzt gegen die Pressefreiheit. **Die uns durch unsere Verfassung gewährten Rechte lassen wir uns nicht nehmen.**

Wir fordern:

- Freiheit für die politischen Gefangenen von G20 und NAV-DEM/ATIK und Einstellung der Verfahren!
- Verteidigung des Demonstrationsrechts: Weg mit der Reform der §§ 113 u. 114 StGB!
- Verteidigung des Streikrechts: Weg mit der „Tarifeinheit“!
- Verteidigung der Pressefreiheit: Weg mit der Repression gegen Journalist\*innen!

Wir laden ein: Bundesweiter Kongress  
„DEMONSTRATIONSRECHT VERTEIDIGEN!“  
Samstag, 7. Oktober, Düsseldorf

*UnterzeichnerInnen siehe folgende Seiten*

## »Demonstrationsrecht verteidigen!« - **Unterzeichnende Organisationen/Gremien:**

- AGIF (Föderation der ArbeitsmigrantInnen aus der Türkei e.V.)
- AK Aktiv gegen rechts von ver.di München
- Anatolische Föderation e.V.
- Antikapitalistische Aktion Bonn
- Antikapitalistische Linke (AKL), Bundessprecher\*innenrat
- Antikapitalistische Linke München - al[m]
- ATİF (Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland)
- attac Deutschland
- AZADÎ e.V., Rechtshilfefonds für Kurdinnen und Kurden in Deutschland
- Bonner Jugendbewegung
- Bremer Friedensforum
- Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG)
- Die Datenschützer Rhein-Main
- DIE LINKE. Hamburg, Landesverband
- DIE LINKE. Niedersachsen, Landesvorstand
- DIE LINKE. Nordrhein-Westfalen, Landesvorstand
- DIE LINKE. SDS Düsseldorf
- Digitalcourage e.V.
- DKP Bonn/Rhein-Sieg
- DKP, Parteivorstand
- Duisburger Netzwerk gegen Rechts
- Düsseldorf stellt sich quer
- Ermittlungsausschuss Hamburg
- ethecon Stiftung Ethik & Ökonomie
- Frauenverband Courage e.V.
- Freiheitskomitee für Musa Asoglu
- Friedenszentrum Braunschweig e.V., Mitgliederversammlung und Vorstand
- Freie Deutsche Jugend, Zentralrat
- Internationale Jugend, Köln
- Internationale Liga für Menschenrechte (Berlin; www.ilmr.de)
- Internationale sozialistische Organisation (iso)
- Internationaler Menschenrechtsverein Bremen e.V.
- Interventionistische Linke Düsseldorf [see red!]
- Interventionistische Linke Ruhr
- Jugendteam ver.di-Jugend Landesbezirk Niedersachsen-Bremen
- Jugendverband REBELL
- Komitee für Grundrechte und Demokratie
- Kommunistische Jugend
- Kommunistischer Aufbau
- LabourNet Germany
- MLPD Nordrhein-Westfalen, Landesverband
- Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di
- Pädagog\*innen für den Frieden
- PERSPEKTIVE, Zeitung für Solidarität und Widerstand
- Rote Hilfe e.V. Bundesvorstand
- Roter Aufbau Rhein/Ruhr
- SAV (Sozialistische Alternative)
- Solidaritätskomitee mit Grup Yorum
- Soziale Liste Bochum
- Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken / Unterbezirk Nordniedersachsen
- Trotz Alledem! (Zeitung)
- ver.di-Bezirksfachbereichsvorstand 3 - Gesundheit, Soziale Dienste, Wohlfahrt und Kirchen Schwerin
- ver.di-Bezirksfachbereichsvorstand 5 - Bildung, Wissenschaft und Forschung NRW-Süd
- ver.di Bezirksjugendvorstand Mittelfranken
- ver.di-Bezirksjugendvorstand Mittelhessen
- ver.di-Bezirksjugendvorstand NRW-Süd
- ver.di-Landesbezirksjugendvorstand Hessen
- ver.di-Landesbezirksjugendvorstand Niedersachsen-Bremen
- ver.di Linke NRW
- Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.
- Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen e.V.
- Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA), Bochum
- VVN-BdA Duisburg
- VVN-BdA Düsseldorf
- YDG (Neue Demokratische Jugend)
- Young Struggle
- ZSK (Band)

## **Erstunterzeichner\*innen:**

- Albert Flock, ver.di Bezirksfachbereichsvorsitzender 5 - Bildung, Wissenschaft und Forschung NRW-Süd, stellvertr. Vorsitzender des Landesfachbereichsvorstandes 5 NRW
- Alexander Gilly, ver.di-Jugendbildungsreferent und Jugendteam ver.di-Jugend Landesbezirk Niedersachsen-Bremen
- Andreas Buderus, Mitglied im Zentralen AK „Offensiv gegen Rassismus und Rechtsextremismus“ beim ver.di-BuVo
- Andrej Hunko, MdB DIE LINKE
- Anja Stoeck, Landesvorsitzende DIE LINKE. Niedersachsen und Landesvorstand DIE LINKE. Niedersachsen
- Anna Magdalena Busl, Rechtsanwältin und Strafverteidigerin
- Arian Hartwig, Mitglied im ver.di-Bezirksjugendvorstand Hannover/Leine-Weser
- Ariane Raad, ver.di-Gewerkschaftssekretärin Fachbereich (FB) 7 - Gemeinden, Bezirk Stuttgart
- Barbara Hauck, Mitglied im ver.di-Ortsvereinsvorstand FB 8 - Medien, Kunst und Industrie, Düsseldorf
- Bernward Hauck, ver.di-Mitglied im FB 8, Düsseldorf und Mitglied der Umweltgewerkschaft Ortsgruppe Düsseldorf
- Bettina Jürgensen, Vorstandsmitglied marxistische linke - ökologisch, emanzipatorisch, feministisch, integrativ
- Björn Manuel, ver.di Jugendsekretär Bezirk Mittelhessen
- Dagmer Eberhard, Ärztin, ver.di Düsseldorf
- Daniel Kreutz, ehem. MdL GRÜNE NRW, Mitglied ver.di
- David Amri, ver.di-Jugendsekretär Bezirk Lüneburger Heide, Jugendteam ver.di-Jugend Landesbezirk Niedersachsen-Bremen
- Dietmar Koschmieder, Geschäftsführung Verlag 8. Mai GmbH, Tageszeitung junge Welt
- Doreen Lindner, Ratgeber GmbH (ver.di b+b), Mitglied im Bundesvorstand VDJ
- Dr. Alexander B. Ernst, Dozent und Ephorus der Kirchlichen Hochschule Wuppertal/Bethel
- Dr. Alexander S. Neu, MdB DIE LINKE
- Dr. Hans Modrow, Vorsitzender des Ältestenrates DIE LINKE

- Dr. Hans-Ulrich Jüttner, Umweltgewerkschaft, ver.di-Mitglied, Hamburg
- Dr. Ulrich Wilken, MdL DIE LINKE, Vizepräsident des Hessischen Landtags
- Elwis Capece, Gewerkschaftssekretär NGG, Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands DIE LINKE.Baden-Württemberg
- Fatima Ortac, Mitglied im ver.di-Bezirksjugendvorstand Hannover/Leine-Weser
- Florian Stender, ver.di-Mitglied
- Franz Hartmann, ver.di-Jugendsekretär Bezirk Bremen-Nordniedersachsen, Jugendteam ver.di-Jugend Landesbezirk Niedersachsen-Bremen
- Franziska Foullong, ver.di-Gewerkschaftssekretärin im Handel
- Gottfried Schweitzer, ehem. Betriebsratsvorsitzender Jugendzentren Köln gGmbH, ver.di-Mitglied Köln, CO-Pipeline-Gegner
- Guido Jurock, ver.di-Gewerkschaftssekretär FB 13 - Besondere Dienstleistungen, Landesbezirk Hessen
- Günter Gleising, Ratsmitglied (Soziale Liste Bochum)
- Heike Boldt, ver.di-Gewerkschaftssekretärin Bezirk Weser-Ems, Jugendteam ver.di-Jugend Landesbezirk Niedersachsen-Bremen
- Helmut Born, Mitglied ver.di-Landesbezirksvorstand NRW
- Herbert Schedlbauer, Journalist, Mitglied dju, ver.di-Landesbezirksfachbereichsvorstand 8 NRW und ver.di-Bezirksvorstand Düsseldorf
- Hubertus Zebel, MdB DIE LINKE
- Inge Höger, MdB DIE LINKE
- Ivo Garbe, ver.di-Gewerkschaftssekretär FB 3 - Gesundheit, Soziale Dienste, Wohlfahrt und Kirchen, Bezirk Schwerin
- Jan von Hagen, ver.di-Gewerkschaftssekretär FB 3 - Gesundheit, Soziale Dienste, Wohlfahrt und Kirchen, Landesbezirk NRW
- Jana Seppelt, ver.di-Gewerkschaftssekretärin u.a. für Hochschulen und Archive, Bibliotheken, Dokumentationseinrichtungen in Berlin
- Judith Demba, LINKE Berlin, NaturFreunde Landesverband Berlin, ver.di-Mitglied
- Jürgen Aust, Mitglied im Landesvorstand DIE LINKE.NRW
- Jürgen Kabey, ver.di-Mitglied im FB 6/7, ehem. Vertrauensmann und Mitglied der Vertrauensleuteleitung im Bezirksamt Hamburg-Nord, Rentner
- Jürgen Repschläger, DIE LINKE, stellvertr. Vorsitzender der Linksfraktion Bonn
- Karin Binder, MdB DIE LINKE, ehemalige DGB-Regionsvorsitzende in Karlsruhe, ver.di-Mitglied
- Karl-Heinz Kunkel, ehem. IG-BCE Vertrauensmann, Leverkusen, Rentner
- Karsten Wente, Mitglied im ver.di-Bezirksjugendvorstand Hannover/Leine-Weser
- Klaus Bartl, Mitglied des Sächsischen Landtages und Verfassungs- und Rechtspolitischer Sprecher der Linksfraktion, Chemnitz
- Lisa Gärtner, Jugendpolitische Sprecherin der MLPD (Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands)
- Lisa Gierend, Mitglied im ver.di-Bezirksjugendvorstand Hannover/Leine-Weser
- Markus Bernhardt, Journalist & Autor, Berlin
- Martin Singe, Komitee für Grundrechte und Demokratie, Pax Christi Bonn, Redaktion FriedensForum
- Matthias Klöckner, Mitglied im ver.di-Jugendvorstand Koblenz, ehem. Mitglied des ver.di-Landesjugendvorstandes NRW
- Michaela Kerstan, Mitglied im Stadtverband DIE LINKE.Haltern am See (Sprecherin), Kreisvorstand DIE LINKE.Recklinghausen (Protokoll)
- Michel Brandt, Schauspieler, DIE LINKE Landeslistenplatz 6, Baden-Württemberg
- Mirjam Gärtner, Industriemechanikerin, IGM – Mitglied, Wolfsburg
- Monika Neuner, ver.di-Gewerkschaftssekretär FB 3 - Gesundheit, Soziale Dienste, Wohlfahrt und Kirchen, Bezirk Rhein-Neckar.
- Niema Movassat, MdB DIE LINKE
- Nina Eumann, Mitglied im Parteivorstand DIE LINKE
- Nonni Morisse, ver.di-Jugendsekretär Bezirk Bremen-Nordniedersachsen, Jugendteam ver.di-Jugend Landesbezirk Niedersachsen-Bremen
- Olga Kampf, ver.di-Jugendsekretärin Bezirk Hannover/Leine-Weser, Jugendteam ver.di-Jugend Landesbezirk Niedersachsen-Bremen
- Paul M. Erzkamp, Vorsitzender SJD - Die Falken NRW
- Pia Zimmermann, MdB und Landesvorsitzende DIE LINKE Niedersachsen
- Quo-Chir Luong, Direktkandidatin Bonn für Internationalistische Liste/MLPD
- Ramona Heimberg, Mitglied im ver.di-Bezirksjugendvorstand Hannover/Leine-Weser
- Reiner Dworschak, IG Metall, Betriebsrat Mannstaedtwerke/Troisdorf
- Renate Koppe, Mitglied im ver.di-Bezirksvorstand NRW-Süd, Personalrätin Universität Bonn
- Sascha H. Wagner, Landesgeschäftsführer DIE LINKE.NRW
- Sigrid Dahm, Bereichsleiterin MitgliederEntwicklung beim ver.di-Bundesvorstand
- Stefan Huth, Chefredakteur, Tageszeitung junge Welt, Berlin
- Stefanie Mielast, ver.di-Landesjugendsekretärin Hessen, Jugendbildungsreferentin ver.di-Jugend Frankfurt a. M. und Region
- Stefanie Weiß, ver.di-Landesjugendsekretärin und Jugendteam ver.di-Jugend Landesbezirk Niedersachsen-Bremen
- Sven Mantei, Mitglied im ver.di-Bezirksjugendvorstand Hannover/Leine-Weser
- Sylvia Gabelmann, Mitglied im Landesvorstand DIE LINKE.NRW (stv. Landessprecherin)
- Thies Gleiss, Mitglied Parteivorstand Die Linke, Delegierter IGM-Vertreterversammlung Köln-Erfurt
- Tobias Uelschen, ver.di-Gewerkschaftssekretär, Jugendteam ver.di-Jugend Landesbezirk Niedersachsen-Bremen
- Udo Filthaut, ver.di-Mitglied im FB 8, Mülheim - Oberhausen, Rentner
- Ula Richter, Sprecherin des Bündnis Dortmund gegen Rechts
- Ulja Serway, Mitglied der Koordinierungsgruppe der Bundesweiten Montagsdemo
- Ulla Jelpke, MdB DIE LINKE
- Ulrich Achenbach, Rentner, Moderator der Bochumer Montagsdemo
- Wilfried Schmickler, Kabarettist

## online-Unterzeichner\*innen

siehe <http://demonstrationsrecht-verteidigen.de/unterzeichner/>

# Betroffenenbericht von Mitgliedern der ver.di Jugend NRW-Süd zu den Grundrechtsverletzungen durch Polizei und Justiz beim G20-Gipfel

Fast der gesamte Jugendvorstand der ver.di Jugend NRW-Süd, mehrere weitere ver.di-KollegInnen und andere Bonner MitstreiterInnen wurden beim G20-Gipfel Opfer von politischer Verfolgung, von tagelanger Freiheitsberaubung und massiver Aushebelung der demokratischen Grundrechte durch Polizei und Staatsanwaltschaft.

In einer Gruppe von ca. 20 Jugendlichen und jungen Erwachsenen sind wir am Donnerstag den 6. Juli in den frühen Morgenstunden nach Hamburg aufgebrochen. Trotz der wochenlang aufgebauten Drohkulisse durch Polizei und Regierung waren wir fest entschlossen, unser **Recht auf Demonstrationsfreiheit** wahrzunehmen.

Für die meisten von uns war dies allerdings kaum möglich. Nach der ersten Nacht auf dem Camp wollten wir am Freitag den 7. Juli gemeinsam an den angekündigten Blockaden gegen das Gipfeltreffen teilnehmen. Doch soweit kam es nicht: Nach nur 20 Minuten stoppte die Polizei den Zug von 200 Menschen, dem wir uns angeschlossen hatten, dann ging alles blitzschnell. Von zwei Seiten wurde unser Demonstrationzug von gepanzerten und schwer bewaffneten Polizisten und zwei Wasserwerfern angegriffen und regelrecht zerschlagen. Für uns kam der **Angriff der Polizei** völlig aus dem Nichts, die Menschen flohen in Panik. Wer nicht rechtzeitig wegkam, bekam den Polizeiknüppel zu spüren, wurde auf den Boden gedrückt und zum Teil sogar dann weiter mit dem Schlagstock traktiert. Man schrie uns an: „Halt die Schnauze sonst kriegst du noch eine rein!“

*„Ein solches Ausmaß von Polizeigewalt habe ich noch nicht erlebt. Das war keine Festnahme, sondern ein regelrechter Überfall der Polizei auf unsere Demonstration.“* erinnert sich Nils Jansen, Mitglied im Jugendvorstand der ver.di Jugend NRW-Süd

Im verzweifelten Versuch, vor den um sich schlagenden Beamten zu flüchten, kletterten DemonstrantInnen in Panik über einen Zaun und stürzten anschließend eine mehrere Meter tiefe Mauer hinunter, wobei sie sich zum Teil **schwer verletzt**. Niemand von uns hatte so etwas je erlebt: Menschen lagen mit zum Teil offenen Brüchen auf dem Asphalt, Polizisten schlugen immer weiter auf DemonstrantInnen ein. Es waren acht (!) Rettungswagen nötig, um die verletzten Aktivisten ins Krankenhaus zu bringen.

Nachdem die Polizei uns vor Ort zum Teil mehrere Stunden festgehalten hatte, wurden wir dann in die sog. „Gefangenenammelstelle“ (Gesa) gebracht. Die Zustände in der Gesa waren entwürdigend. Wir wurden mit bis zu 5 Personen in einen fensterlosen Container mit nichts als einer Holzbank und glatten weißen Wänden gesperrt. Die „Zellen“ waren durchgehend, auch nachts, mit zermürendem Neonlicht beleuchtet und kaum belüftet. Die schlechte Luft, das Licht und die hohen Temperaturen haben es fast unmöglich gemacht, zu schlafen. Oft sind zusätzlich in regelmäßigen Abständen Polizisten in die Zelle gekommen oder haben an der Tür gerappelt, und uns angeschrien, sodass wir kaum schlafen konnten.

Wir alle mussten uns vor der Polizei nackt ausziehen, viele dann auch noch eine Kniebeuge machen. Eine junge Kollegin wurde gezwungen, unter den Augen der Beamten ihren Tampon herauszunehmen, und bekam anschließend keinen neuen. Einer weiteren Kollegin wurde von der Polizei bei der Festnahme ihre Brille entzogen, ohne die sie kaum etwas erkennen kann. Im Gefangenentransport wurden wir Zeuge, wie eine Gefangene von der Polizei verprügelt wurde, um ihr anschließend Fußfesseln anzulegen. Das sind nur einige Beispiele, für die Demütigungen und Erniedrigungen, denen wir und unsere Mitgefangenen in der Gesa ausgesetzt waren.

Alle außer den minderjährigen KollegInnen wurden **über 35 Stunden in der Gesa** festgehalten. Bis wir einem Richter vorgeführt wurden mussten wir bis zu 30 Stunden warten, einen Anwalt sahen viele erst nach 12 Stunden und mehr. Der Anwalt eines Bonner Kollegen wurde in der Gesa von der Polizei tätlich angegriffen. Doch die Tortur endete nicht nach den 35 Stunden in der Gesa: Das provisorische „Schnellgericht“, das extra für den Gipfel eingerichtet wurde, kam der Forderung der Polizei nach, uns weitere 28 Stunden festzuhalten. Fast alle inhaftierten Bonner wurden in die JVA Billwerder verlegt und dort bis zum Sonntag den 9. Juli um 18 Uhr festgehalten. Aber damit nicht genug: Am Ende ist das provisorische Hamburger Amtsgericht der Forderung der Staatsanwaltschaft sogar soweit nachgekommen, dass **drei KollegInnen in Untersuchungshaft** gesteckt wurden! Unter fadenscheinigen Gründen wurden den Bonnern „Fluchtgefahr“ attestiert, zwei von ihnen saßen von Freitag bis zum nächsten Freitag, also mehr als 170 Stunden, hinter Gittern.

**Die ver.di Jugend NRW-Süd steht hinter den betroffenen MitstreiterInnen und ruft zu breiter Solidarität auf!**

- Schluss mit der Kriminalisierung des legitimen Protests gegen die G20! Freiheit für die inhaftierten G20-AktivistInnen!
- Für die Erhaltung und Erweiterung der demokratischen Rechte! Polizei, Justiz und Bundesregierung: Finger weg vom Versammlungsrecht!
- Kompromisslos für Frieden, für Umweltschutz, für grenzenlose Solidarität statt G20!

**Spendet für von Repression betroffene AktivistInnen:**

Rote Hilfe e.V.  
IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39  
Sparkasse Göttingen  
Stichwort „G20“

## »Demonstrationsfreiheit verteidigen

### – Gegen den Notstand der Demokratie«

Mit Demonstrationen wurde in der Geschichte erfolgreich gegen Obrigkeitsstaat und Diktatur gekämpft. Für eine Demokratie ist die Versammlungsfreiheit so wichtig wie die Luft zum Atmen. Doch wer demonstriert, begibt sich im Deutschland des Jahres 2017 in Gefahr. Mit dem im Juni 2017 in Kraft getretenen Paragraphen 114 StGB, dem „tätlichen Angriff“ u.a. auf Polizeibeamte, ist der Weg zu einer willkürlichen Strafverfolgung jedweder Teilnehmer\*innen an Demonstrationen eröffnet. Für die „Tätlichkeit“ braucht es nicht einmal einen körperlichen Kontakt. Die Staatsanwaltschaft Hamburg will gemäß § 113 StGB schon „das gemeinsame Zugehen im Pulk auf die Beamten“ als eine erhebliche Kraftentfaltung“ werten, „die auf einen unmittelbaren körperlichen Zwang gerichtet ist“. Gegen mehr als 50 Menschen wurde Anfang Juli ein Haftbefehl erlassen. Sie sollen mit der Wahrnehmung ihres Grund- und Menschenrechts auf Versammlungsfreiheit die öffentliche Sicherheit und Ordnung gestört haben. Die Angriffe treffen uns alle: die Demonstration gegen den G20 genauso wie den Marsch anlässlich eines Streiks oder die Versammlung gegen den Krieg.

Hamburg war ein Feldversuch. Eine Polizeiarmee von über 30.000 Beamten, tausenden Einsatzfahrzeugen, Räumpanzern, Wasserwerfern, Hubschraubergeschwadern und Polizeihunden haben die Stadt besetzt und in einem Bereich von 38 Quadratkilometern das Demonstrationsrecht weggefegt. Widerstand gegen das allgemeine Demonstrationsverbot, spontane Aktionen für den Erhalt des Versammlungsrechts wurden mit Polizeigewalt zerschlagen, ordnungsgemäß angemeldete Demonstrationen - wie die „Welcome to Hell“ - am 6. Juli angegriffen und aufgelöst sowie ganze Stadtgebiete von einem wahnwitzigen Polizeiaufkommen eingekesselt. Die Eskalation wurde vorbereitet und war von der Polizei gewollt. Das Grundrecht auf Ver-sammlungs- und Demonstrationsfreiheit wird sukzessive mit dem Strafrecht ausgehöhlt. Die Polizei erhält die Definitionshoheit über die Deutung der Realität.

In den Tagen des G20 war die völlige Übernahme der öffentlichen Gewalt durch die Polizei zu beobachten. Auf ihr Geheiß wurden Stadtteile abgesperrt, U- und S-Bahn-Stationen geschlossen. Es war das Bild eines militarisierten Polizeistaates mit der Einrichtung einer Gefangenessammelstelle für Gegner\*innen des G20-Gipfels und eines Sondergerichts für Demonstranten. Tagelang wurden Menschen inhaftiert, um sie am Demonstrieren zu hindern. Wir stellen fest, dass der Politik wie der Exekutive die Achtung vor der Verfassung verloren gegangen ist. Es herrscht Notstand der Demokratie.

Auf diesem Kongress wollen wir uns Klarheit verschaffen über Dinge, die Gegen-stand gemeinsamer Meinungsäußerung und Gegenwehr sein müssen: die Verschärfung der §§ 113, 114 Strafgesetzbuch; der Verschärfung der Aussagepflicht; die sog. „verdachtsunabhängige Kontrollen“ als Ausdruck eines institutionellen Rassismus; die systematische Polizeigewalt gegen Menschen anderer Herkunft und auf Demonstrationen; die Ausgrenzung von Menschen als „Gefährder“ ohne zureichende Tatsachengrundlage; die Zerschlagung des Rechts auf Asyl; die Verantwortung für die neuen Kriege; die „Guantanamo“-Haft in Bayern; die Infragestellung der Universalität der Menschen- und Grundrechte durch die Staatsgewalt.

„Die Diktatur hinter der Fassade formaler Demokratie“ nannte 1966 Georg Benz vom Vorstand der IG Metall die Notstandsgesetze. Während der Gipfel-Tage in Hamburg war nicht einmal mehr die Fassade zu sehen.

**Wir brauchen eine breite Gegenwehr, wir brauchen**

**Aufstehen gegen den Notstand der Demokratie**